

Einleitung

Die Europäische Union befindet sich heute sowohl auf politischer, ökonomischer als auch auf kultureller Ebene in einer Umbruchsituation. Mit dem Beitritt von Zypern, Ungarn, Estland, Slowenien, Polen, der Tschechischen Republik, Litauen, Lettland, Malta und der Slowakei hat sich die Heterogenität innerhalb der Europäischen Union signifikant erhöht. Diese Heterogenisierung erfolgt nicht nur hinsichtlich ökonomischer Faktoren wie dem Bruttosozialprodukt oder dem Pro-Kopf-Einkommen, sondern auch auf der Ebene der sozialen Stratifikation sowie bei den demokratischen Traditionen, dem allgemeinen Bildungsstand, den Religionszugehörigkeiten, den historischen Erfahrungen und den kulturellen Bezugspunkten. Alle hier angeführten Divergenzen würden durch die zur Zeit verhandelte Erweiterung um Bulgarien und Rumänien sowie durch eine mögliche Aufnahme der Staaten des westlichen Balkans und der Türkei zusätzlich verstärkt. Die Frage, bis zu welchem Grad die Europäische Union diese kulturelle und ökonomische Heterogenität integrieren kann, ohne ihren demokratischen, sozialen und ökonomischen Standard zu verlieren, wird kontrovers diskutiert.¹ Ziel der Europäischen Union ist, ne-

1 Maurizio Bach hebt unter Verweis auf die Hypothesen und Ergebnisse der neueren soziologischen Forschung über die europäische Integration hervor, dass sich im Wesentlichen drei Hauptkonfliktlinien im gesamteuropäischen Bezugsraum abzeichnen. Diese kristallisieren

ben der Erweiterung, auch eine Vertiefung der Integration, in deren Verlauf zunehmend nationale Souveränitätsrechte an die Gemeinschaft übertragen werden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang nicht nur die Frage nach einer Erhaltung der nationalen Standards, sondern auch nach der Verringerung des Demokratie-defizits. Ökonomische und soziale Interessen mögen für die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft ausreichend sein, für die Etablierung einer politischen Gemeinschaft sind sie es nicht. Was benötigt also die Europäische Union, um zu einer funktionierenden Demokratie zu werden?

Die Demosthese

Im Zusammenhang mit dieser Frage wird häufig auf einen europäischen *Demos* verwiesen, der als Träger der politischen Souveränität benötigt werde, damit sich ein primär wirtschaftlicher Zusammenschluss verschiedener Nationen zu einem funktionierenden politischen Gemeinwesen entwickeln kann (vgl. u.a. Lepsius 1986: 753, 757). Neben der formalen politischen Gleichheit durch die Staatsbürgerschaft setzt die Existenz eines *Demos* insbesondere eine Identifikation der Bürger/innen mit dem *Demos* insgesamt und mit den anderen Mitgliedern voraus (vgl. Fuchs 2000: 219f). Dieses Mindestmaß an kollektiver Identität ist nach Fritz W. Scharpf die Voraussetzung für Solidarität und Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen (vgl. Scharpf 1999: 672). Ihr Fehlen kann dazu führen, dass politische Entscheidungen der Europäischen Union als „Entscheidungen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger“ aufgefasst werden, dass sich die Bevölkerung gegen die Übertragung weiterer souveräner Rechte ihrer Nationalstaaten an die Europäische Union stellt oder dass die „Nettozahler“ ihre Zahlungsbereitschaft einstellen. Im Extremfall kann fehlende kollektive Identität zu separatistischen Tendenzen von Staaten oder Regionen führen.

sich erstens um gesellschaftliche Polarisierungen und materielle Verteilungsprobleme, zweitens um Institutionen- und Legitimationsfragen und drittens um kollektive Identitätskonstruktionen. Diese Arbeit kann der Analyse der dritten Konfliktlinie zugeordnet werden, allerdings wird von einem engen Zusammenhang zwischen kollektiver Identität und politischer Legitimation ausgegangen (vgl. Bach 2003: 156f).

Auf einer normativ-politischen Ebene werden zur Zeit zwei konkurrierende Auffassungen verhandelt, wie diese für einen europäischen Demos benötigte kollektive Identität herzustellen sei. Die eine Fraktion, die sich vor allem um Jürgen Habermas gruppiert, geht davon aus, dass eine politische Gemeinschaft ihre Identität nicht über ethnisch-kulturelle Gemeinsamkeiten konstituieren sollte, sondern in der Praxis von Staatsbürger/innen, die ihre demokratischen Teilnahme- und Kommunikationsrechte aktiv ausüben (vgl. Habermas 1994: 13ff). Voraussetzung für einen durch die aktive Ausübung der demokratischen Rechte erstrittenen und erzielten Konsens ist jedoch ein einheitliches, konsentiertes Verfahren, welches in der Verfassung festgelegt ist. Die Verfassung drückt nach Habermas in pluralistischen Gesellschaften einen formalen Konsens aus, da sie das Zusammenleben der Staatsbürger/innen nach Prinzipien regelt, die die begründete Zustimmung aller finden können.² Über die formalen Regelungen und rechtlichen Garantien hinaus können Verfassungsprinzipien erst dann zur treibenden Kraft für eine politische Gemeinschaft aus Freien und Gleichen werden, wenn sie in eine gemeinsame politische Kultur eingebettet sind. Die Existenz dieser gemeinsamen politischen Kultur ist an eine europäische Öffentlichkeit geknüpft, über die die Bürger/innen Entscheidungen thematisieren und beeinflussen können.

Dazu in Konkurrenz steht die Diskussion um kulturelle, historische, soziale, ästhetische, religiöse oder auch ethnische europäische Gemeinsamkeiten als Grundlage einer europäischen kollektiven Identität – eine Vorgehensweise, die bei der Bildung zahlreicher europäischer Nationalstaaten eine treibende Kraft formierte. In den letzten Jahren ist eine aufgeregte Suche nach europäischen Traditionen, Errungenschaften, Einstellungen und Werten zu verzeichnen, die sich auch in zahl- und umfangreichen wissenschaftlichen Publikationen, Feuilletonartikeln und Ausstellungen nie-

2 Um dies zu gewährleisten, sollte jeder Bürger dreifache Anerkennung finden: erstens in seiner Integrität als unverletzbares Individuum, zweitens als Angehörige/r einer ethnischen oder kulturellen Gruppe und drittens als Bürger/in, d.h. als Mitglied des politischen Gemeinwesens.

derschlägt.³ Wachsende Publikumszahlen des kulturellen Großereignisses „europäische Kulturhauptstadt“ und auch zahlreiche Ausstellungen, wie zuletzt im Historischen Museum in Berlin mit dem Titel „Idee Europa – Entwürfe zum ‚Ewigen Frieden‘“, mit der der Museumsneubau eröffnet wurde, verweisen darüber hinaus auf ein zunehmendes Interesse für dieses Thema in der Bevölkerung.

Allen Ansätzen gemeinsam ist die Suche nach Verbindlichkeiten: Sei es in Form einer gemeinsamen politischen Kultur wie sie Habermas vorschlägt, sei es in Form von historischen, ethnischen oder kulturellen Gemeinsamkeiten. Aber geht es hier nur um die Etablierung eines fehlenden europäischen Demos? Wird mit der Frage der kollektiven Identität nicht viel grundsätzlicher die Frage aufgeworfen, was eine Gesellschaft zusammenhält? Wie wird aus mehreren Einzelpersonen und Gruppen eigentlich eine Gesell-

3 Hier sollen nur einige Beispiele genannt werden, um die Bandbreite des Themas zu verdeutlichen. Edgar Morin (1988) (Europa denken) verortet die historisch-kulturellen Wurzeln Europas im Mittelalter; einen ähnlichen Versuch unternimmt Rémi Brague (1993) (Europa – Eine exzentrische Identität), der die „Latinität“ als Besonderheit Europas stark macht. Gerard Delanty (1995) (Inventing Europe) streicht dagegen den konstruierten Charakter des Europäertums heraus. Auch Jacques Derrida (1992) hat zwei Essays (Das andere Kap; Die vertagte Demokratie) über europäische Identität veröffentlicht. Nicht zu vernachlässigen sind zahlreiche Sammelbände. Nennenswert ist hier u.a. *Projekt Europa* herausgegeben von Nicole Dewandre und Jacques Lenoble (1994), in dem bekannte Größen wie Jürgen Habermas (Staatsbürgerschaft und nationale Identität), Charles Taylor (Was ist die Quelle kollektiver Identität?), Ronald Dworkin (Zwei Demokratiekonzepte) oder Bruno Étienne (Europa und der Islam: Europa und sein Gegenüber) Vorschläge für eine europäische Identität diskutieren. Zu erwähnen ist noch der stark von der deutschen Diskussion geprägte Band *Kultur, Identität, Europa* herausgegeben von Reinhold Viehoff und Rien T. Segers (1999). Hier beziehen unter anderen Richard Münch (Europäische Identitätsbildung), Shmuel N. Eisenstadt (Kollektive Identitätskonstruktion in Europa, den Vereinigten Staaten, Lateinamerika und Japan), Klaus Eder (Integration durch Kultur) und Bernhard Giesen (Europa als Konstruktion der Intellektuellen) Position zu den Möglichkeiten und Schwierigkeiten im Prozess europäischer Identitätsbildung.

schaft⁴? Genauer: Wie wird aus verschiedenen Einzelpersonen, Regionen, Gruppen und Nationen eine europäische Gesellschaft? Wie viel Konsens ist dazu nötig und wie viel Dissens kann sie ertragen?

Gemeinschaftsstiftende Funktionen von Konsens und Konflikt

Nach einer Definition Emile Durkheims ist Gesellschaft mehr als nur eine Gruppe von Individuen: „[S]ie ist vor allem eine Gesamtheit von Ideen, Überzeugungen und Gefühlen aller Art, die durch die Individuen Wirklichkeit werden; und den ersten Rang unter diesen Ideen nimmt das moralische Ideal ein, ihr hauptsächlichster Daseinsgrund. Die Gesellschaft wollen, heißt dieses Ideal wollen.“ (Durkheim 1976: 113)

Folglich sind es bei Durkheim Werte beziehungsweise ein Konsens über Werte, die die Individuen erst zu einem Kollektiv vereinen. In der funktionalistischen Tradition werden im Anschluss an Durkheim Gesellschaften primär als über einen Wertekonsens integriert beschrieben; davon ausgehend wird ein gewisser Grad an Ordnung und Stabilität für das Überleben sozialer

4 Die in der deutschen Soziologie getroffene Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft geht auf Ferdinand Tönnies (1991), zuerst 1887, zurück. Gemeinschaft ist für Tönnies ein ontologisches, sozialhistorisches Ordnungsprinzip, in dem der Einzelne seinem natürlichen „Wesenswillen“ folgt und zum Wohle der Gemeinschaft handelt. Dieser Vorstellung von Gemeinschaft, die auf Homogenität, Vertrauen und seelischer Verbundenheit basiert, stellt Tönnies die „entartete“ Gesellschaft gegenüber, in der die „natürliche“ Gemeinschaft zugunsten des kalkulierenden Handels mit außengerichteter Zielsetzung verloren geht. Da diesem Gemeinschaftsbegriff eine rückwärtsgewandte, sozialromantische Vorstellung von klassenloser und konfliktfreier Gesellschaft zugrunde liegt, wie sie gerade im Nationalsozialismus propagiert wurde, wird er von den meisten Sozialwissenschaftler/innen abgelehnt. In den letzten Jahren taucht der Gemeinschaftsbegriff vor allem in Übersetzungen englischsprachiger Theoretiker/innen vermehrt wieder auf, wird in diesem Zusammenhang jedoch nicht im Sinne Tönnies, sondern als Synonym für Gesellschaft gebraucht. Die Verwendung des Gemeinschaftsbegriffs in dieser Arbeit ist diesem Umstand geschuldet; beide Begriffe – „Gemeinschaft“ wie „Gesellschaft“ – beziehen sich auf strukturierte und organisierte Systeme, in denen mehrere Individuen und Gruppen zusammenleben.

Systeme als notwendig vorausgesetzt (vgl. Haralambos/Holborn 2000: 10f). Konsens wird als die Basis gesellschaftlicher Integration angesehen, da Individuen dazu neigen, sich mit denen zu identifizieren und ein Zusammengehörigkeitsgefühl auszubilden, die dieselben Werte haben wie sie selbst. Geteilte Werte formen nach diesem Ansatz auch die Basis für Solidarität und Kooperation, weil sie gemeinsame Ziele produzieren und die Mitglieder derselben Gemeinschaft bereit sein werden, im Hinblick auf diese gemeinsamen Ziele zu kooperieren. An dieser Stelle drängt sich die Frage auf: Wie kommt eine Gesellschaft zu ihren Werten, wer vermittelt sie, wie ändern sich diese und wer bestimmt die Wertehierarchie?

Der funktionalistischen Tradition wird im Allgemeinen der konflikttheoretische Ansatz in der Tradition von G. W. F. Hegel, Karl Marx/Friedrich Engels und Max Weber gegenübergestellt (vgl. Collins 1994: 48). Während in funktionalistischen Ansätzen Konflikt zwar thematisiert, jedoch in der Regel als temporäre Störung des Systems begriffen wird, betont die Konflikttheorie die fundamentalen Interessenunterschiede zwischen sozialen Gruppen. Konflikt wird daher als permanentes Merkmal von Gesellschaften aufgefasst, nicht als deren Irritation. Zudem haben Konflikte nicht zwangsläufig Desintegration zur Folge. Wie Klaus Eder betont, können sie sogar eine produktive und gemeinschaftsstiftende Funktion haben: Da die symbolische Ordnung und damit auch das gemeinsame Wissen kulturelle Errungenschaften sind, implizieren sie die Möglichkeit, dass alles auch ganz anders sein könnte und damit auch die Möglichkeit eines Dissenses über diese Ordnung. Das bedeutet, dass das gemeinsame Wissen der Bestätigung bedarf und unter Umständen auch reorganisiert werden muss, damit es erneut seine Funktion als gemeinsames Wissen erfüllt. Obwohl also der Dissens konstitutiv für das gemeinsame Wissen ist, tendieren nach Eder Kulturen häufig dazu, sich zu schließen, indem sie Gemeinsamkeiten überhöhen. Dies kann sowohl durch einen Rekurs auf höhere Werte als auch durch eine Naturalisierung der vorherrschenden symbolischen Ordnung geschehen oder auch durch eine Kombination von beiden: beispielsweise, wenn die „natürliche“ gesellschaftliche Ordnung zugleich als eine von Gott gegebene ausgewiesen wird (vgl. Eder 1999: 149ff). Dass Konflikte eine integrierende Funktion haben

können, bedeutet jedoch nicht, dass alle Konflikte zwangsläufig integrieren.

Eine die beiden Perspektiven vermittelnde Position nimmt die Feldtheorie Pierre Bourdieus ein. Im Anschluss an Durkheim vertritt Bourdieu die Überzeugung, dass Wahrnehmen und Denken über ein kollektives Bewusstsein geregelt sind und untersucht die soziale Konstitution von Erkenntnis, Ästhetik, Wissen und Geschmack. Bourdieu sieht Konflikt als dominantes soziales Merkmal von Gesellschaft und unterstellt den kapitalistischen Gesellschaften einen grundsätzlichen Antagonismus sowohl zwischen dem kulturellen und dem ökonomischen Feld als auch zwischen den sozialen Klassen. Gleichzeitig betont er konstante Elemente wie die *doxa*; ein Begriff, mit dem Bourdieu die sozial definierten Grenzen der Gesellschaft bezeichnet, d.h. alle sozialen Konventionen, Sitten, Gebräuche, Werte und Normen, die als unhinterfragte Regeln des Zusammenlebens fungieren. Zu den sozialen Konventionen zählen auch alle Denk-, Wahrnehmungs-, Kategorisierungs- und Beurteilungsschemata, die kulturellen Erscheinungen wie Nationen, Völkern und Kontinenten erst Bedeutung verleihen (vgl. Bourdieu 1997a: 126). Diese Frage nach der Produktion von Denk-, Wahrnehmungs-, Kategorisierungs- und Beurteilungsschemata ist auch das zentrale Thema der vorliegenden Arbeit.

Nationen als vorgestellte Gemeinschaften

Wie kommt eine Gesellschaft zu ihren Gemeinsamkeiten? Benedict Anderson weist in seiner Untersuchung über die Herausbildung nationaler Identität pointiert darauf hin, dass es weniger auf reale Gemeinsamkeiten als auf geglaubte Gemeinsamkeiten ankommt. Anderson definiert Nationen als vorgestellte politische Gemeinschaften, und zwar vorgestellt als begrenzt und souverän. Sie seien vorgestellt, weil selbst die Mitglieder der kleinsten Nation sich niemals alle kennen könnten, jedoch bei jedem die Vorstellung einer Gemeinschaft existiert. Daraus folgt, dass jede Gemeinschaft, die über das Niveau der Face-to-face-Gemeinschaft hinausgeht, eine vorgestellte Gemeinschaft ist. Gemeinschaften sollten daher auch nicht nach dem Kriterium der Authentizität, sondern durch die Art und Weise, in der sie vorgestellt werden, unterschieden werden (vgl. Anderson 1996: 15ff). Folgt man Anderson, dann stellt sich die Frage nach den Vorstellungen einer europäischen Gemeinschaft. Da sich innerhalb Europas noch keine he-

gemoniale europäische Identität durchgesetzt hat, gilt es zunächst, die verschiedenen Vorstellungen einer europäischen Identität auszumachen. Wie verhalten sich diese zueinander? Zeichnen sich dominante Identitäten ab? Wo sind Kohärenzen, wo Widersprüche auszumachen?

Nach der Definition von Anderson stellen sich Nationen außerdem als begrenzt vor, weil deren Mitglieder in genau begrenzten, wenn auch variablen Grenzen, leben. Jenseits der Grenzen liegen andere Nationen. Ein weiteres Charakteristikum ist die Souveränität, denn Nationen wollen über sich selbst bestimmen und das Symbol der Freiheit ist der souveräne Staat. Als letztes Merkmal betont Anderson noch einmal die Vorstellung als Gemeinschaft, im Sinne eines „kameradschaftlichen“ Verbunds von Gleichen, für den es sich – wie die Vergangenheit zeigt – auch zu sterben lohnt. Inwieweit treffen diese Merkmale auf die Europäische Union zu? Ist sie vorgestellt, begrenzt, souverän und eine Gemeinschaft? Nun, sie ist eindeutig begrenzt, wenn auch die Grenzen noch nicht abschließend festgelegt sind. Sie kann als souverän bezeichnet werden, weil souveräne Nationen staatliche Souveränitätsrechte an sie abgetreten haben; sie wäre vorgestellt, da sich nicht alle Mitglieder persönlich kennen können, aber sie ist noch keine Gemeinschaft, im Sinne eines „kameradschaftlichen“ Verbunds von Gleichen (vgl. ebenda: 16ff).

Wie bilden sich diese Vorstellungen von nationalen Gemeinschaften? Welche setzen sich durch? Wie werden sie hegemonial? Anderson zufolge liegt der Nationalstaatsbildung eine kulturelle Grammatik zugrunde, die sich vor allem in den Institutionen des Zensus, der Landkarte und des Museums manifestiert. In ihnen verdeutlichen sich die Vorstellungen von den Untertanen, der Geographie des Herrschaftsgebietes und der Legitimität der Herkunft (vgl. ebenda: 163ff). Allen drei Institutionen liegt ein auf Totalität ausgelegtes Klassifikationsraster zugrunde, dessen Wirkung darin besteht, von etwas immer sagen zu können, dass es dieses ist und nicht jenes, dass es an diese Stelle gehört und nicht an jene.⁵ Die Fiktion der Volkszählung – ebenso wie jeder Bevöl-

5 Durch die Einbindung in diese Raster wurde alles im Prinzip zählbar, mit der Wirkung, dass das Partikulare immer zugleich als provisori-

kerungsstatistik – besteht darin, dass jedermann erfasst ist, und dass jeder einen eindeutigen Platz einnimmt. Die Landkarte konzipiert ein Bild von der räumlichen Wirklichkeit als erfassbare Totalität. Das Museum ermöglicht dem Staat als Hüter der Tradition aufzutreten und bildet die wahre Größe seiner Souveränität ab. Im Museum werden die Kulturgüter – klassifiziert und geordnet – wieder der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Hier wird das Erbe des Staates visualisiert, reproduziert und über die Einordnung in historische Entwicklungen (Serien) eine fiktive Kontinuität hergestellt (vgl. ebenda: 185f).

Diskursive Konstruktion kollektiver Identität

Philipp Sarasin stellt im Anschluss an Anderson die Frage nach den spezifischen imaginären Mechanismen, die mit dazu beitragen, die Fiktion des Nationalen in der Wirklichkeit zu etablieren.⁶ Andersons Verweise darauf, dass diese Fiktion über die Errichtung einer nationalen Erinnerungskultur – mit bestimmten Kulturgütern, Museen und der Erfindung einer Ursprungslegende sowie der Erfassung von Land und Bevölkerung durch Zensus und Landkarte – funktioniert, hält er für unzureichend (vgl. Sarasin 2003: 159ff). Den Hinweis, dass in der nationalen Erinnerungskultur vieles erinnert und vieles vergessen werden muss, sieht er zwar als wegweisend, jedoch erklärungsbedürftig an. Sarasin denkt das Konzept der Nationen als vorgestellte Gemeinschaften von Anderson mit den Begrifflichkeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe weiter und schlägt vor, Erinnern und Vergessen in der Terminologie des Umkodierens zu fassen (vgl. hierzu auch Laclau/Mouffe 1991: 139ff). Besondere Aufmerksamkeit widmet Sarasin dem Argument der „leeren Gräber“, die Anderson als das herausragende Symbol des modernen Nationalismus begreift: Die Ehrenmäler und Gräber der unbekannten Soldaten funktionieren als gemeinschaftsstiftende Symbole, gerade weil sie leer sind. Würde man den Namen des unbekannten Soldaten, dem das Denkmal gewidmet ist, herausfinden und in die Inschrift aufnehmen, dann verlöre das Monument seine Wirkung. Erst die Leere der Gräber macht es möglich, sie mit „gespenstischen nationalen

scher Stellvertreter einer Serie galt und als solche behandelt werden konnte.

6 Vgl. hierzu insbesondere auch Balibar (1990), Wodak (et al.) (1998) und Giesen (1996a/b).

Vorstellungen“ zu füllen (vgl. Anderson 1996: 18). Die Leere der Gräber ist genauso wie die Leere der Begriffe, die die Nation oder das Volk bezeichnen, die Voraussetzung dafür, dass sich dieser Signifikant mit dem nationalen Imaginären füllen kann (vgl. Sarasin 2003: 157).

Was Anderson „imagined communities“ nennt, kann man mit Laclau/Mouffe auch als symbolische Ordnung bezeichnen. Wenn alle die gleiche Vorstellung von einer Gesellschaft teilen, dann hat sich eine Identität, d.h. eine Artikulation einer bestimmten sozialen Selbstbeschreibung, erfolgreich durchgesetzt. Diese artikulatorische Praxis kollektiver Identität operiert nach Sarasin mit zwei Instrumenten (vgl. ebenda: 169): erstens mittels privilegierter Signifikanten, die beispielsweise in Form von „leeren Gräbern“ die ethnische oder nationale Identität signifizieren, und zweitens durch eine spezifische Form der Grenzziehung, die das Feld der Differenzen konstituiert, indem sie es nach außen zu schließen versucht (vgl. auch Laclau/Mouffe 1991: 164). Folgt man diesem Ansatz, müsste man auch bei der Konstruktion europäischer Identität nach den privilegierten Signifikanten und den Prozessen der Grenzziehung fragen. Ein Signifikant ist im Rahmen kollektiver Identitätsproduktion dann privilegiert, wenn andere kollektive Identitäten, wie Klasse, Geschlecht oder Religion, zu zweitrangigen Unterschieden, d.h. durch den privilegierten Signifikanten in Form einer Äquivalenzrelation, angeordnet werden. In der Regel geschieht dies durch die Erzeugung eines antagonistischen Außen, hinter dem die internen Differenzen zu sekundären Unterschieden werden (vgl. Laclau 1981: 177ff).

Fehlende Signifikate

Allerdings fehlen den Signifikanten die Signifikate im Sinne einer ursprünglichen und wesenhaften Bedeutung, die den Dingen – hier der Nation – inhärent wäre. Vielmehr ist es umgekehrt der Signifikant, der das Signifikat „Nation“ erst erschafft. Im Anschluss an Derrida weisen Laclau/Mouffe deswegen darauf hin, dass infolge der Abwesenheit eines transzendentalen Signifikats Bedeutungsproduktion außerhalb des Diskurses nicht mehr denkbar wird (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 163ff). Derrida schreibt über die Abwesenheit einer dem Sozialen vorgängigen Bedeutung:

„Das Substitut ersetzt nichts, das ihm irgendwo präexistiert hätte. Infolgedessen mußte man sich wohl eingestehen, daß es kein Zentrum gibt, daß das Zentrum nicht in der Gestalt eines Anwesenden gedacht werden kann, daß es keinen natürlichen Ort besitzt, daß es kein fester Ort ist, sondern eine Funktion, eine Art von Nicht-Ort, worin sich ein unendlicher Austausch von Zeichen abspielt. Mit diesem Augenblick bemächtigt sich die Sprache des universellen Problemfeldes. Es ist dies auch der Augenblick, da infolge der Abwesenheit eines Zentrums oder eines Ursprungs alles zum Diskurs wird – vorausgesetzt, man kann sich über dieses Wort verständigen –, das heißt zum System, in dem das zentrale, originäre oder transzendente Signifikat niemals absolut, außerhalb eines Systems von Differenzen, präsent ist. Die Abwesenheit des transzendentalen Signifikats erweitert das Feld und das Spiel des Bezeichnens ins Unendliche.“ (Derrida 1976: 424)

Wenn man, Derrida⁷ folgend, davon ausgeht, dass es keine natürliche, dem Sozialen vorgängige Bedeutung gibt und mit Stuart Hall die diskursive Produktion von Bedeutung durch Sprache in einem weiteren Sinne versteht, die auch visuelle Darstellungen umfasst, dann wird das Symbolische zum bedeutungsgenerierenden Ort (vgl. Hall 1997: 16ff). Sprache und damit auch der gesamte Bereich der künstlerischen Produktion sind nicht die Produkte nationaler Identität, sondern konstituieren diese vielmehr. Entsprechend sind Identitäten relational und fließend. Die Unmöglichkeit einer endgültigen Fixiertheit von Bedeutung schließt partielle Fixierung keineswegs aus. Nach Laclau/Mouffe impliziert die Unmöglichkeit einer endgültigen Fixierung gerade, dass es eine partielle Fixierung geben muss, da sonst das Fließen der Differenz selbst unmöglich wäre. Gerade um sich zu unterscheiden und um eine Bedeutung zu untergraben, müsse es eine Bedeutung geben. Denn es ist gerade Funktion und Bestreben des Diskurses, das Fließen der Differenz aufzuhalten, um ein Zentrum zu konstruieren. Jedweder Diskurs konstituiere sich als Versuch, das Feld der Diskursivität zu beherrschen, indem dem Fließen der Differenz Einhalt geboten werde. Den Diskurs, der keine (partielle) Fixiertheit von Bedeutung erzeugen kann, bezeichnen Laclau/Mouffe als Diskurs eines Psychotikers. Erst die Beschränkung

7 Vgl. hierzu auch den prägnanten Aufsatz zur *differance* (Derrida 1999).

der Produktivität der Signifikantenkette erzeuge jene Positionen, die Aussagen möglich machen (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 164).

Aufgabe der Diskursanalyse ist es entsprechend, die Formen und Prozesse der partiellen Fixierung von Bedeutung nachzuzeichnen, um damit zu Aussagen zu gelangen, wie zu einem bestimmten Themenkomplex soziale Bedeutung produziert wird, wie sich die Bedeutungszuweisungen ändern und welche Folgen diese partiellen Fixierungen haben. Bezüglich der Konstruktion einer kollektiven europäischen Identität stellt sich die Frage, welche partiellen Fixierungen, die Laclau/Mouffe auch Knotenpunkte nennen (vgl. ebenda: 164), in welchen Diskursen produziert werden. Da der Prozess der partiellen Fixierung einer europäischen Identität keineswegs abgeschlossen ist, sondern vielmehr ein Kampf um die Durchsetzung spezifischer Identitätsvorstellungen zu beobachten ist, bietet sich die einmalige Gelegenheit, den Prozess der Etablierung eines europäischen Identitätsdiskurses aktuell zu verfolgen und ihn nicht, wie bei der Konstruktion nationaler Identitäten, retrospektiv aufzuarbeiten. Ziel dieser Arbeit ist es, diesen Prozess der Bedeutungsetablierung nachzuzeichnen und zu systematisieren.

Grundsätzlich muss an dieser Stelle noch einmal zwischen normativen und additiv/empirischen Identitätsentwürfen von Europa unterschieden werden. Bei normativen Entwürfen wird eine bestimmte, in der Regel positiv konnotierte, kulturelle Ausprägung als spezifisch europäisch beschrieben, unabhängig davon, ob dieser Zustand für ganz Europa und alle Europäer und Europäerinnen zutreffend ist. Dagegen versucht eine additiv/empirische Integration möglichst alle real existierenden kulturellen Ausprägungen in Europa in die vorgeschlagene europäische Identität einzubeziehen. Das Identitätsangebot wird hier aus den auf dem europäischen Kontinent existierenden historischen, sozialen, ästhetischen und religiösen Ereignissen und Traditionen abgeleitet. Da Europa eine Vielfalt an Traditionen, Religionen, Geschichten, sozialen und künstlerischen Strömungen und Ereignissen aufweist, erhält eine Europakonstruktion, die ihr Europabild induktiv aus der Summe seiner Teile ableitet, eine entsprechend

hohe Heterogenität.⁸ Allen Identitätsangeboten gemeinsam ist, dass sie vermittelt werden müssen, d.h. dass die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit ihrer Durchsetzung vom Grad ihrer diskursiven Präsenz abhängt.

Europäische Kulturpolitik

Jetzt kann die Frage, wie Gesellschaften zu ihren Vorstellungen kommen, wie folgt präzisiert werden: Wie könnte eine europäische Gesellschaft zu ihren privilegierten Signifikanten kommen? Welche Signifikanten bieten sich an? Und wie definiert sie damit ihre Grenzen? Für die Beantwortung dieser Fragen möchte ich den Bereich der EU-Kulturpolitik exemplarisch untersuchen, denn traditionell ist eine Aufgabe von Kulturpolitik die Sammlung der Staatsbürger/innen⁹, d.h. die Vermittlung von Identifikationsobjekten im Hinblick auf die Herausbildung einer kollektiven Identität. Die Konzentration auf europäische Kulturpolitik bedeutet selbstverständlich nicht, dass diskursive Identitätskonstruktionen ausschließlich in diesem Feld stattfinden. Jedoch weist die Europäische Union die Aufgabe der Förderung einer europäischen Identität und eines gemeinsamen Bewusstseins maßgeblich den Bereichen der Bildungs- und Kulturpolitik zu.¹⁰ Anders als die primär auf Schüler/innen und Jugendliche ausgerichtete Bildungspolitik zielt die Kulturpolitik auf breitere Bevölkerungs-

8 Für die Vorteile eines heterogenen europäischen Kulturkonzepts vgl. u.a. Gilroy (1999: 123).

9 Die Bedeutung von Hochkultur und Museumswesen für die Entwicklung nationaler Identität arbeitet u.a. Paul DiMaggio (1991) in einer Studie über die Institutionalisierung kultureller Autorität in den USA heraus, in der er beschreibt, wie im Prozess der nationalen Institutionalisierung aus einzelnen Artefakten ein nationales kulturelles Kapital wird. Klaus von Beyme (1998: 37) betont, dass sich letztlich alle westeuropäischen Staaten nicht zuletzt durch eine aktive Kulturpolitik zu einer Nation entwickelt haben. Auf die Aktualität des Themas verweisen auch die zahlreichen Publikationen der *British Cultural Studies* über den Zusammenhang von Identitätskonstruktionen und kultureller Repräsentation (statt vieler: Paul Gilroy (1987), Stuart Hall (1994), Homi K. Bhabha (1994)).

10 Vgl. hierzu u.a. das Internetportal der Europäischen Union (www.europa.eu.int/index_de.htm), in dem die Tätigkeitsbereiche der EU übersichtlich vorgestellt werden.

schichten, die sie vor allem mit Großveranstaltungen wie die „Kulturhauptstädte Europas“ auch erreicht.¹¹ So verzeichnen etwa Salamanca¹², das 2002 zusammen mit Brügge „Kulturhauptstadt Europas“ war, 1.927.444 Besucher/innen und Graz¹³, das den Titel im Jahr 2003 trug, allein 2.046.212 Besucher/innen bis September¹⁴. Damit haben beide Städte fast doppelt so hohe Besucher/-innenzahlen wie die Fußball EM in Holland und Belgien.¹⁵

Kulturpolitik bietet sich meines Erachtens jedoch nicht nur aufgrund ihrer Publikumswirksamkeit, sondern zugleich aufgrund ihrer identitätsstiftenden Tradition in den europäischen Nationalstaaten, aufgrund der hohen Bedeutung, die die Nationalstaaten ihr zuweisen und aufgrund der relativen Überschaubarkeit des Politikbereichs als exemplarisches Untersuchungsfeld europäischer Identitätskonstruktion an.

Im Bereich der Kulturpolitik befindet sich die Europäische Union, wie in den anderen Politikfeldern auch, in der schwierigen Lage, sowohl den partikularen Interessen der einzelnen Mitgliedsländer als auch denen der Gemeinschaft insgesamt genügen zu müssen. Auf kulturpolitischer Ebene drückt sich dieses Spannungsfeld in zwei unterschiedlichen Maximen aus: erstens die Förderung kultureller Einheit und zweitens die Förderung kultureller Vielfalt. So sind im Artikel 151(1) EG-Vertrag folgende Aufgaben für den Kulturbereich festgelegt: „Die Gemeinschaft leistet einen Beitrag zur Entfaltung der Kulturen der Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer nationalen und regionalen Vielfalt sowie

11 Für die Auswirkung des Titels auf andere Städte vgl. auch Heikkinen (2000), Hitters (2000), Richards (2000).

12 Die hier angegebenen Zahlen waren leider nur bis Juni 2003 unter www.salamanca2002.org unter der Rubrik „Balance del año 2002“ einsehbar. Sie können jedoch bei der Nachfolgeorganisation „Fundación Municipal – Salamanca Ciudad de la Cultura“ (www.salamanca-ciudaddecultura.org/) nachgefragt werden.

13 Vgl. hierzu den Bericht „Graz 2003 – Wirtschaftsimpulse“, einzusehen unter www.graz03.at/ (11.06.2004).

14 Die Abschlussbilanz von „Graz 2003“, ebenfalls einzusehen unter www.graz03.at/ (11.06.2004), nennt eine Gesamtbesucherzahl von 2.851.060.

15 Vgl. hierzu ebenfalls den Bericht „Graz 2003 – Wirtschaftsimpulse“, einzusehen unter www.graz03.at/ (11.06.2004), Stichwort „Besucherzahlen im Vergleich“.

gleichzeitiger Hervorhebung des gemeinsamen kulturellen Erbes.“ Da sich nationale Identität historisch gerade auch über eine Identifikation mit der nationalen Literatur, Musik und Kunst herausgebildet hat, besteht bei einem Transfer dieses kulturellen Erbes in ein europäisches Erbe Konfliktpotenzial. Dieser grundlegende Konflikt ist den Mitgliedstaaten durchaus bewusst, und auf politischer Ebene wird versucht, ihn vor allem durch einen permanenten Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip¹⁶ und außerdem durch die Festlegung der Einstimmigkeit bei allen Beschlüssen, die die Kultur betreffen, zu entschärfen. Um zu einer europäischen Identität zu gelangen, muss die Europäische Union aber dennoch eine Neuerzählung der nationalen Kunst- und Kulturgeschichten anstreben. Wie tut sie das? Welche privilegierten Signifikanten bietet sie an? Aus welchen historischen Gegebenheiten leitet sie deren Legitimität ab? Wie verlaufen die diskursiven Strategien der Vereinnahmung und welche Strategien der Abgrenzung gehen damit einher? Welche Subjektpositionen werden angeboten?

Um diese Fragen beantworten zu können, werde ich zunächst in *Kapitel 1* auf die theoretischen Grundlagen und methodischen Vorgehensweisen der Arbeit eingehen. Hier geht es vor allem darum, den Prozess kollektiver Identitätsbildung theoretisch zu erfassen, um darauf aufbauend, den Gegenstand der Arbeit sinnvoll einzugrenzen und die Prämissen einer sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse darzulegen.

Kapitel 2 beschäftigt sich mit dem diskursiven Kontext von Kulturpolitik, Kunst und Gesellschaft, wobei Kulturpolitik als der gezielte Versuch staatlicherseits verstanden wird, bewussten Einfluss auf die Rolle von Kunst und kultureller Produktion in der Gesellschaft zu nehmen. Unter Rückgriff auf die Distinktionstheorie Pierre Bourdieus wird die gesellschaftliche Funktion und Bedeutung von Kunst und kultureller Produktion dargestellt. Im Zusammenhang mit der Frage nach der Funktion von Kunst werde ich besonders auf kulturpolitische Ziele und Traditionen in Eu-

16 Nach Art. 151(2) EG Vertrag beschränkt sich die Zuständigkeit der Europäischen Union in der Kulturpolitik auf die Ergänzung und Unterstützung der Mitgliedstaaten.

ropa eingehen. Welche kulturpolitischen Ideale gibt es? Welche Veränderungen sind festzustellen? Sind in den einzelnen europäischen Staaten ähnliche Entwicklungen aufzufinden?

Zentrales Thema der Arbeit ist die Einflussnahme der EU-Kulturpolitik auf eine kollektive europäische Identität. Unter Rückgriff auf diskursanalytische Methoden werden in *Kapitel 3* die im Diskurs angelegten Möglichkeiten europäischer Identitätskonstruktion herausgearbeitet. Hierfür werde ich zunächst auf die allgemein stattfindende Diskussion um eine europäische Identität eingehen, wie sie in der geistes- und sozial-wissenschaftlichen Literatur sowie in den Feuilletons geführt wird. Ziel ist es, die Diskussion dahingehend zu ordnen, dass beständig wiederkehrende Elemente in der Identitätskonstruktion bestimmt werden können, um im Anschluss daran die spezifischen Artikulationen europäischer Identität als Kombination einzelner Elemente beschreiben zu können. Nachdem sowohl diskurs- als auch distinktionstheoretisch Bedeutung den Dingen nicht inhärent ist, sondern primär durch Abgrenzung konstruiert wird, steht im Mittelpunkt dieses Kapitels auch die Frage nach dem konstitutiven Gegenüber Europas.

Im Anschluss daran werde ich in *Kapitel 4* den Schwerpunkt auf die Analyse der EU-Kulturpolitik legen. Zunächst steht die Frage im Mittelpunkt, welche Elemente europäischer Identitätskonstruktionen im Vergleich zum allgemeinen europäischen Identitätsdiskurs in der Kulturpolitik auftreten. Von Interesse ist außerdem, ob die Europäische Union sich bei der Konstruktion europäischer Identität an die Tradition nationaler Identitätskonstruktionen anlehnt oder ob sie neue Formen entwickelt, ob widersprüchliche Konzeptionen auszumachen sind oder sich die einzelnen Europaentwürfe zu einer kohärenten Erzählung zusammenfügen.

Kapitel 5 dient schließlich dem Bereich der Umsetzung kulturpolitischer Programme. Anhand zweier Fallbeispiele, den europäischen Kulturhauptstädten Salamanca (2002) und Graz (2003), wird die tatsächliche Umsetzung und Verbreitung europäischer Identitätsentwürfe untersucht. Von besonderem Interesse ist dabei die Art und Weise der Umwertung nationaler in europäische Kulturgüter. Beide Städte wurden auch ausgewählt, weil sie heute geographisch eine Randstellung in der Europäischen Union einnehmen, historisch jedoch im Zentrum europäischer großmacht-

politischer Bestrebungen standen. Zudem wurden beide historisch von einem klassischen europäischen Gegenüber beeinflusst: dem Islam. Graz durch seine Nähe zum Balkan, Salamanca durch die Mauren. Wie werden diese Elemente europäischer Geschichte (und Gegenwart) eingebunden? Welche Bandbreite der Inszenierung europäischer Identität ergibt sich daraus?

Ein abschließender Vergleich der Artikulation europäischer Identität in den drei untersuchten Diskursfeldern ermöglicht eine analytische Rekonstruktion der diskursiven Regelmäßigkeiten europäischer Identitätskonstruktion in der EU-Kulturpolitik.

